Anfrage: Zu der Rede von Sophie Russius auf der von ihr angemeldeten Demonstration am 11. November 2023

Anfragende: Campus Grün Oldenburg

Die folgende Anfrage ist gerichtet an die Fraktion „SDS – Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband“ des Oldenburger Studierenden Parlaments

Bei der Nachholsitzung der Konstituierung des Studierendenparlaments am 28.04.25 wurde die Wahl von Sophie Russius in den Verwaltungsausschuss abgelehnt. Begründet ist dies mit den Positionen, die sie offen vertritt. Mit dieser Anfrage soll anhand der bereits thematisierten und von Sophie Russius angemeldeten Demonstration am 11.11.2023 und der dort gehaltenen Rede deutlich gemacht werden, worin die Ablehnung begründet liegt. Zudem bitten wir für den weiteren Diskurs um die Beantwortung der Fragen.

Zitat: „Das plakative „Nie wieder“ welches von der Bundesregierung immer wieder betont wird gilt aber in diesem Land nur jüdischen Menschen.“

Später wird in der Rede erneut darauf eingegangen:
„Human Rights Watch und Amnesty International sprechen sich die ganze Zeit für einen Waffenstillstand aus und dieses humanitäre Desaster wird weggeblinzelt aufgrund von einem heuchlerischem „Nie wieder“. Obwohl es gerade wieder passiert. Was für Nie wieder, wenn es gerade wieder passiert?“

Erläuterung: "Nie wieder" bezieht sich nicht allgemein auf Krieg, sondern auf deutsche NS-Verbrechen und drückt die Verantwortung vor allem gegenüber der NS-Opfer-Gruppen aus. "Nie wieder" ist daher eng mit jüdischen Opfern der Deutschen und ihren Helfer*innen verbunden.
Gleichzeitig erinnert "Nie wieder" aber auch an alle anderen Opfergruppen, deren Vernichtung oder Unterdrückung zur Erreichung des nationalsozialistischen Endziels aus Sicht der Nationalsozialist*innen unumgänglich war. Zu diesen zählen unter anderem Einwohner*innen Polens und der damaligen Sowjetunion (zumeist als Opfer des Antislawismus), Queers, politische Gegner*innen, Sinti, Roma, Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden (als „Asoziale“ & „Berufsverbrecher“ stigmatisiert), behinderte Menschen.

- Was versteht die Fraktion SDS unter „Nie wieder“?
- Inwiefern positioniert sich die Fraktion SDS, dazu dass „Nie wieder derzeit wieder passiert“?

Zitat: „Natürlich sind Anschläge an Synagogen zu verurteilen. Aber wir müssen langsam einsehen, dass es bei diesem Konflikt nicht hauptsächlich um eine Antisemitismus-Debatte geht, sondern um die Existenzbedrohung der palästinensischen Menschen. Jeder Protest ist notwendig und gerechtfertigt.“

- Wie positioniert sich die Fraktion SDS zu dieser Aussage?
- Wo zieht die Fraktion SDS die Grenze zwischen legitimen und illegitimem Protest?

Erläuterung: Vor dem Hintergrund der zahlreichen Anschläge auf Synagogen und andere jüdische Einrichtungen, finden wir diese Positionierung nicht nachvollziehbar. Wir halten es für nicht hinnehmbar, in einer öffentlichen Rede mit der Formulierung „Natürlich sind Anschläge an Synagogen zu verurteilen. Aber…“ Gewalttaten zu relativieren. Noch stärker lehnen wir die Aussage „Jeder Protest sei notwendig und gerechtfertigt“ ab, mit der in diesem Kontext der Terrorangriff am 07. Oktober 2023, oft als „Protest“ missdeutet, relativiert wird.

Diese Aussagen treffen vor Ort auf ein Publikum das für solche antisemitische Aussagen offen ist, denn der Aufruf zur Demo wurde auch im verschwörungsideologischen Milieu bei Querdenken441 [2], Freie Oldenburger, die Basis und „Das sind wir Oldenburg“ verbreitet. Zudem war an der Demonstration Ahmed Washaha als Ordner beteiligt. Dieser macht aus seinen Sympathien für die Terrororganisation PFLP [1], oder Hassan Nasrallah [3] keinen Hehl.

- Wie verhält sich der SDS dazu, das auf der Demo nicht gegen rechtsextreme und verschwörungsideologische Sympathisant*innen vorgegangen, oder sich nicht zu Beginn, oder bei Hinweisen im Nachhinein der Demo, gegen diese Gruppierungen positioniert wurde?
- Wie verhält sich der SDS Oldenburg dazu, dass Ahmed Wasaha präsent bei der Demo, wie auch bei vielen anderen Aktionen des SDS ist?

Generelle Fragen

- Welche Haltung vertritt die Fraktion SDS zur Relevanz der „Antisemitismus-Debatte“ in Hinblick auf die hochfrequenten antisemitisch motivierten Gewalttaten, die sich mit dem 07.10. nochmals intensiviert haben?
- Welche Bedeutung sieht die Fraktion SDS in konsequenter Aufklärung diskriminierender, v. a. antisemitischer, Narrative als Beitrag gegen Faschismus?

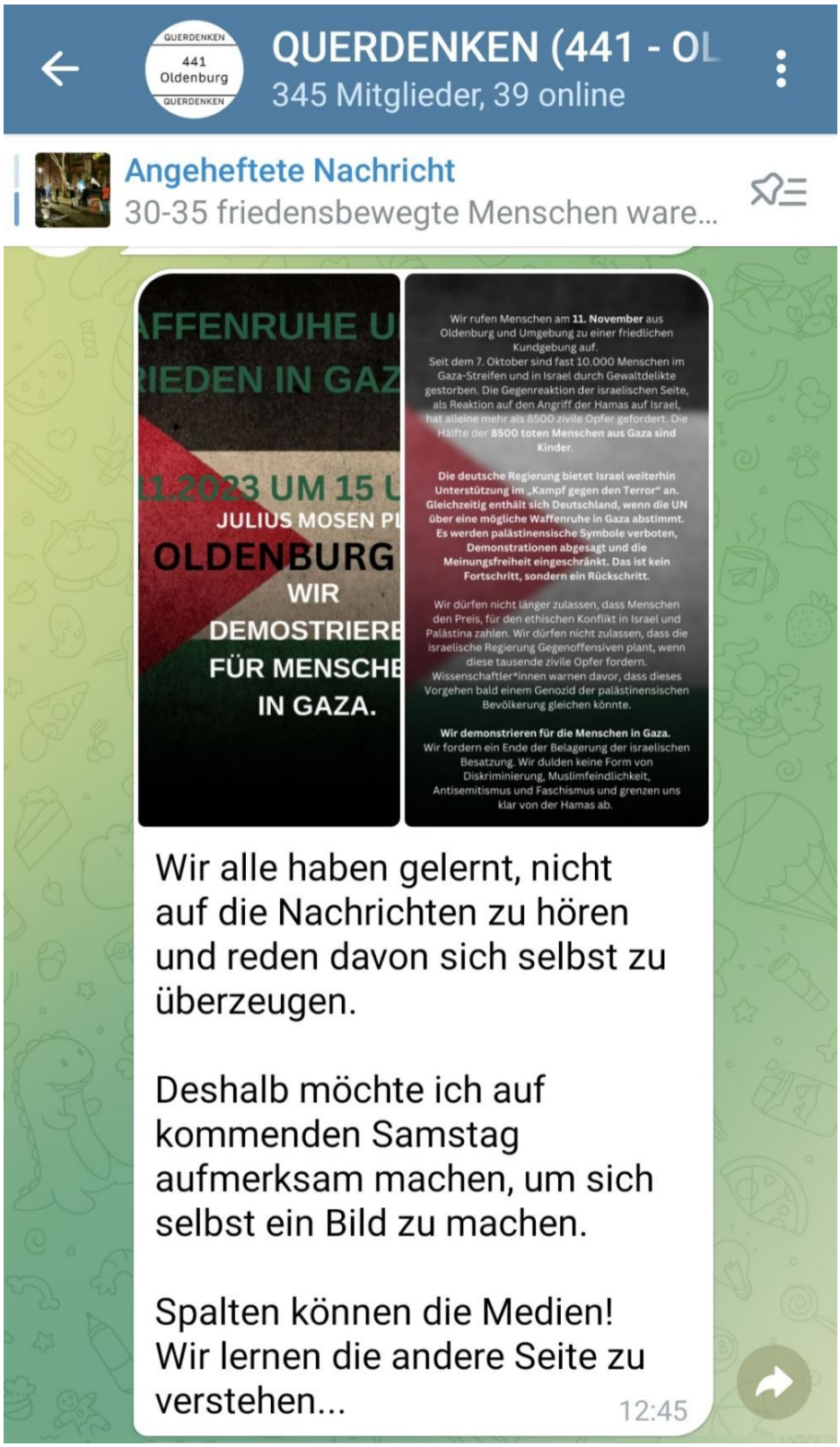
Quellen:

[1] „The PFLP has generally taken a hard line on Palestinian national aspirations, opposing the more moderate stance of Fatah. It does not recognize Israel and promotes a one-state solution to the Israeli–Palestinian conflict. […].
The PFLP pioneered armed aircraft-hijackings in the late 1960s and early 1970s. More recently, the group has participated in the Gaza war (2023–present) alongside Hamas and other allied Palestinian factions. It has been designated a terrorist organization by the USA, Japan, Canada and the EU.“ (https://www.wikiwand.com/en/articles/Popular_Front_for_the_Liberation_of_Palestine)

الجبهة الشعبية لتحرير فلسطين
P.F.L.P
الجبهة الشعبية للتحرير فلسطين
تنعى الشهيد البطل معتز وشحة
ابن كتائب الشهيد ابو علي مصطفى
في بلدة بيرزيت
شمال رام الله
ياغضب الضفه لا تهدأ اعلنها ثوره
Ahmad Washaha
29. November 2014 ·
Teilen

الجبهة الشعبية لتحرير فلسطين
كتائب الشهيد أبو علي مصطفى
قوات المقاومة الشعبية
تنعى الشهيد الرفيق المقاتل
معتز وشحة
الذي استشهد إثر عملية اغتيال جبانة نفذتها قوات الاحتلال الصهيوني
بعد اشتباك مسلح ومعركة شرسة مع الاحتلال بتاريخ 27/2/2014
Ahmad Washaha
29. November 2014 ·
Teilen

[2]


QUERDENKEN (441 - OL
345 Mitglieder, 39 online
Angeheftete Nachricht
30-35 friedensbewegte Menschen ware...
OLDENBURG
WIR
FÜR MENSCHE
IN GAZA.
Wir rufen Menschen am 11. November aus Oldenburg und Umgebung zu einer friedlichen Kundgebung auf.
Seit dem 7. Oktober sind fast 10.000 Menschen im Gaza-Streifen und in Israel durch Gewaltdelikte gestorben. Die Gegenreaktion der israelischen Seite, als Reaktion auf den Angriff der Hamas auf Israel, hat alleine mehr als 8500 zivile Opfer gefordert. Die Hälfte der 8500 toten Menschen aus Gaza sind Kinder.
Die deutsche Regierung bietet Israel weiterhin Unterstützung im „Kampf gegen den Terror" an. Gleichzeitig enthält sich Deutschland, wenn die UN über eine mögliche Waffenruhe in Gaza abstimmt. Es werden palästinensische Symbole verboten, Demonstrationen abgesagt und die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.
Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Menschen den Preis, für den ethischen Konflikt in Israel und Palästina zahlen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die israelische Regierung Gegenoffensiven plant, wenn diese tausende zivile Opfer fordern.
Wissenschaftler*innen warnen davor, dass dieses Vorgehen bald einem Genozid der palästinensischen Bevölkerung gleichen könnte.
Wir demonstrieren für die Menschen in Gaza.
Wir fordern ein Ende der Belagerung der israelischen Besatzung. Wir dulden keine Form von Diskriminierung, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Faschismus und grenzen uns klar von der Hamas ab.
Wir alle haben gelernt, nicht auf die Nachrichten zu hören und reden davon sich selbst zu überzeugen.
Deshalb möchte ich auf kommenden Samstag aufmerksam machen, um sich selbst ein Bild zu machen.
Spalten können die Medien!
Wir lernen die andere Seite zu verstehen...
12:45

[3]

ahmadwashaha • Folgen
Original-Audio

Noch keine Kommentare.

Beginne die Unterhaltung.

Gefällt 3 Mal

21. Oktober

Melde dich an, um mit „Gefällt mir" zu markieren oder zu kommentieren.